

hatte, wäre hilfreich gewesen. Inwieweit sich parallel Reformideen auf gleiche Problemlagen, wie beispielsweise die Zunahme der Studentenzahlen oder der Nachholbedarf in einigen Fächern, entwickelten und wieweit es einen Austausch zwischen den beiden deutschen Staaten gegeben hat, hätte ergänzt werden können.

Nichtsdestoweniger überzeugt Mälzers Arbeit ebenfalls durch eine sehr gelungene Leserführung, die das Thema und die Fragen immer im Blick hat sowie ohne unnötige Wiederholungen auskommt. Zudem fallen die vielen und sehr sinnvoll ausgewählten Zitate auf, die die Positionen der Akteure und die Stimmung der unterschiedlichen Phasen sehr plastisch vermitteln. Mälzer schließt mit seiner Arbeit nicht nur eine Forschungslücke über die Entstehung der beiden Neugründungen der Universitäten Bielefeld und Konstanz und die Herkunft der Reformansätze, sondern beim Lesen versteht man mehr und mehr Mälzers Ansinnen einen „Beitrag zu einer imaginären geschichtswissenschaftlichen Teildisziplin ‚Reformgeschichte‘“ leisten zu wollen, denn die Arbeit unterstreicht den gewinnbringenden Ansatz, sich über Reformideen der Zeitgeschichte zu nähern.

Steffi Marung: Die wandernde Grenze. Die EU, Polen und der Wandel politischer Räume, 1990–2010, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2013, 400 S.

Rezensiert von
Stefan Troebst, Leipzig

Dass für eine „Wir-Gruppe“ die negative Abgrenzung von „denen“ identifikatorisch von größerer Bedeutung ist als die positive Bestimmung binnenintegrativer Faktoren, ist seit Fredrik Barth ein Allgemeinplatz der Sozialanthropologie, der mit einiger Berechtigung auch auf die 500-Millionen-„Wir-Gruppe“ der Europäischen Union bzw. zumindest ihre hauptamtlichen Akteure übertragen werden kann. Nun hatte es Barth allerdings mit relativ stabilen, zumal staatenlosen „ethnic groups and boundaries“ zu tun, wohingegen die Ostgrenze von EWG/EG/EU seit dem Beitritt Griechenlands 1981, der deutschen Wiedervereinigung mittels EG-Mitgliedsstatus für die neuen Bundesländer 1990, dem Beitritt Finnlands zur EU 1995 sowie den bislang drei Osterweiterungsschüben von 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien und Ungarn), 2007 (Rumänien und Bulgarien) und 2013 (Kroatien) in permanenter Ostbewegung befindlich war (und auch weiterhin ist, zumindest was den restlichen „Westlichen Balkan“ betrifft). Welche Folgen eine solche ständig neuer Selbstvergewisserung bedürftiger Expansion samt „Arrondierung des EUropä-

ischen Raums in einer globalisierten Welt“ hat, untersucht Steffi Marung mit dem Fokus auf den in Bewegung befindlichen EU-Außengrenzen nach Osten und Südosten, auf Grenz- und Migrationsregime sowie auf das, was sie „Ergänzungsraum“ nennt. Damit sind die seit 2004 von der Europäischen Nachbarschaftspolitik bzw. seit 2008 von der auf polnische und schwedische Initiative hin formulierten Östlichen Partnerschaft inkludierten Staaten gemeint, also Moldova, die Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und – aus politischen Gründen eingeschränkt – Belarus, wohingegen der diesbezüglich ambivalente unmittelbare EU-Anrainer Russländische Föderation nicht einbezogen ist. Die „Wir“-Perspektive der EU kennt also, wie die Autorin augenfällig demonstriert, zwei qualitativ unterschiedliche Arten von „denen“. Dabei spielt die geographische Distanz keine Rolle, denkt man etwa an den ca. 1.000 Kilometer entfernten Südkaukasus einerseits und die russländische EU-Enklave Kaliningrad/Königsberg andererseits.

Die Autorin nähert sich ihrem Thema in akteurszentrierter Perspektive, und dies auf drei Ebenen, nämlich auf derjenigen „Brüssels“, auf der nationalen – hier exemplarisch der polnischen – sowie auf der regionalen, genauer: derjenigen der polnisch-ukrainischen Grenzregion. Entsprechend ist die interdisziplinäre, Politik- und Geschichtswissenschaft kombinierende Arbeit in drei Hauptteile sowie Einleitung und Resümee gegliedert. Zwar sind diese drei Untersuchungsebenen als Felder politischen Handelns stark divergent, da die jeweiligen Akteure mitunter diametral entgegengesetzte Ziele verfolgen, doch stehen sie unzweifelhaft kommunizierenden

Röhren gleich in permanenter Interaktion. Dies kann die Autorin besonders eindrücklich am Beispiel der Interessendivergenz zwischen der EU und ihrem neuen Mitgliedsstaat Polen demonstrieren: In Warschau gilt es, übergeordnet-„europäische“ Interessen mit nationalpartikularen und mesoregionalen möglichst friktionsarm zu synchronisieren, wohingegen der Brüsseler EU-Apparat Lernprozesse bezüglich post-imperialer Reflexe in der Ostpolitik Polens zu absolvieren hatte.

Wie die Autorin überzeugend darlegt, hatte Brüssel zwar „der polnischen Argumentation der langen Dauer kein ähnlich tief verwurzelt Narrativ entgegenzusetzen“, akzeptierte aber schließlich die von Warschau eingeforderte besondere, da historisch begründete Kompetenz für die östlichen Nachbarn der Union einschließlich der „Rolle eines Fürsprechers und Mittlers“ (S. 346). Frappierend und zugleich faszinierend, dass die ihrer Anlage nach gänzlich „ahistorisch“ denkenden Vertreter des „alten“ Europa in der Wetstraat allmählich der polnischen Erzählung von der multiethnischen Adelsrepublik partiell folgten.

In ähnlich innovativer Weise hat die Autorin mit Blick auf ihre drei Analyseebenen „die Begriffe des Ergänzungsraums und der Zivilisierungsmission in Auseinandersetzung mit den Quellen entwickelt“ und bietet diese als „Deutung der hier rekonstruierten Konstellation“ an (S. 20). Gemeint ist damit, dass es im Interesse der EU, zumal derjenigen ihrer Mitgliedsstaaten, deren östliche Staatsgrenze zugleich die Ostgrenze der EU ist, liegt, jenseits dieser Grenze eine politische Pufferzonen zu solchen Weltregionen zu schaffen, die aktuell oder potentiell ge-

fahrenträchtig sind – die „eingefrorenen“ postsowjetischen Konflikte im Dnjestr-Tal oder in Abchasien etwa, weiter der Iran, der Mittlere Osten insgesamt, aber auch der Süden der Russländischen Föderation (Tschetschenien, Dagestan u. a.). Zugleich, so das Argument, ist eine politisch-ökonomische Ausrichtung dieses Raumes auf die EU – und damit nicht auf andere Machtpole wie etwa Russland – angestrebt. Dabei zielt diese Einbindungsstrategie mit ihren ökonomischen, sicherheitspolitischen und „zivilisatorischen“ Elementen mitnichten auf eine neuerliche Osterweiterung der Union, schließt eine solche aber auch nicht explizit aus.

Aus der Perspektive des Historikers nimmt dabei die unhistorisch-„postmoderne“ Begriffsprägung des Ergänzungsraums, die aus einem kolonialen Kontext abgeleitet ist und von dort in den EU-Kontext transponiert wird (S. 47-50) wunder. Zwar wird die nationalsozialistische, auf Südosteuropa (nicht „Ostmitteleuropa“, S. 48) bezogene Politik der Schaffung damals so genannter „wirtschaftlicher Ergänzungsräume“ gestreift, aber weder expliziert noch in terminologischer Hinsicht problematisiert. Es mag sein, dass die NS-Wortprägung „Ergänzungsraum“ heute als ideologisch dekontaminiert gelten kann, doch hätte dies der Begründung bedurft. Das Wiener Forschungsprojekt „Ergänzungsraum Südosteuropa“. Konzepte und Strategien des ‚Mitteluropäischen Wirtschaftstages‘ (MWT) und die Europapolitik im Zeichen der Südosterweiterung“ kommt eben deswegen ohne Periodisierungsmarken aus, weil sich der NS-Kontext in zeithistorischer Perspektive von selbst versteht.¹ Zwischen den Osterweiterungen des „Dritten Reiches“ vom

Anschluss Österreichs 1938 bis zur Errichtung des Reichskommissariats Ukraine 1941 und den genannten der EU von 2004 bis 2007 besteht ein fundamentaler, nicht lediglich gradueller Unterschied, der begrifflich nicht eingeebnet werden sollte. Dies trifft in ähnlicher Weise auf den von der Autorin verwendeten Terminus der *mission civilisatrice* zu (S. 45-47), wie er in den portugiesischen und französischen Kolonialreichen des 19. und beginnenden 20. Jh.s Anwendung fand und von dem Briten Rudyard Kipling 1899 auf die Formel *The White Man's Burden* gebracht wurde. Das Projekt der Demokratieentwicklung beispielsweise in Belarus' ist ein schwieriges und der Autokrat Lukašënka mag die Brüsseler Unterstützung für die demokratische Opposition im Lande als „koloniales“ Gebaren kritisieren, doch sind Barrosos Anflüge von Arroganz mit Kiplings kulturellem Überwertigkeitswahn definitiv nicht zu vergleichen. Möglicherweise stellt hier der Terminus der Konditionalität eine Alternative dar – auch wenn er zum *EU-speech* gehört.

So zweckmäßig die Konzentration auf ENP/EP und damit auf die westliche GUS samt dem speziellen polnisch-ukrainischen Fall auch ist, so auffällig ist doch die Ausblendung des teils ähnlich, teils anders gelagerten Beispiels des „Westlichen Balkan“. Ist das – wie schon einmal zu anderer Zeit – ein „Ergänzungsraum“ gleich der GUS oder doch eine Beitrittsregion in spe? Sinnvoll wäre überdies ein Blick auf das massenhafte Phänomen „individueller Osterweiterung“ der EU gewesen, d.h. auf die Ausgabe von EU-Reisepässen an Bürger von Nicht-EU-Staaten, wie dies etwa in Rumänien bezüglich Bürger der benachbarten Republik Moldova oder

in Bulgarien im Falle von Makedoniern üblich ist. Und die durchgängige Verwendung des Begriffes *kresy* für den polnischen Blick nach Osten ist in doppelter Hinsicht irreführend: Zwar bezeichnete er ursprünglich die territorialen Zugewinne des frühneuzeitlichen polnisch-litauischen Commonwealth, steht aber im 20. Jh. und bis heute vor allem für die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik der Zwischenkriegszeit, die 1944/46 sowjetisch wurden und heute litauisch, belarusisch und ukrainisch sind.

Was die Autorin mit *kresy* bezeichnet, lässt sich in den territorial wesentlich umfassenderen Begriff des „Intermarium“ (*Międzymorze*) fassen, taucht doch das polnische Wappentier, der Adler, seine eine Schwinge in mythologisch-historischer Perspektive in die Ostsee und die andere ins Schwarze Meer. Nicht zufällig belegte der polnische Außenminister Józef Beck die eine seiner quasi-imperialen Konzeptionen mit dem Begriff „Intermarium“. Diese wäre gleich der anderen, dem „Dritten Europa“ (neben dem „ersten“ Mussolinis und dem „zweiten“ Hitlers), ebenso zu nennen wie die Beck'schen Anläufe zu einer friedlichen Durchdringung dieses „Dritten Europa“ mit Warschau als Gravitationszentrum, etwa durch den Aufbau eines engmaschigen Streckennetzes der polnischen Fluggesellschaft LOT oder durch den Versuch, Bukarest und Sofia zum Bau einer Brücke über die Donau zu bewegen, um dergestalt eine Straßenverbindung zwischen Polen und der Levante herzustellen. Während diese polnische Idee erst unter kommunistischem Vorzeichen 1954 realisiert wurde, ist die Verwirklichung des Vorhabens der EU, ihre beiden neuen Mitgliedsstaaten zum Bau

einer zweiten Donau-Brücke zu bewegen, 2013 – nach nur sechs Jahren Bauzeit – gelungen. (In einem historisierenden Reflex hat die nationalpopulistische Regierung Polens 2016 den Versuch unternommen, die „Intermarium“-Konzeption der Zwischenkriegszeit unter dem Rubrum „Drei Meere“ [*Trójmorze*] – gemeint sind Ostsee, Adria und Schwarzes Meer – zu revitalisieren, und das erneut mit infrastrukturellen Großprojekten, nämlich mit einem als „Via Carpathia“ bezeichneten Verkehrskorridor zwischen den Hafenstädten Klaipėda in Litauen und Thessaloniki in Griechenland sowie Pipelines für US-amerikanisches Flüssiggas von einem LNG-Terminal auf der kroatischen Insel Krk nach Polen.)

Die Schwäche der Rzeczpospolita Polska im 18. Jh. resultierte als expansionsanreizendes Vakuum nicht nur in den Teilungen des Unionsstaates durch Russland, Habsburg und Preußen, sondern auch in der deutschen Redewendung, dass „Polen jetzt offen“ sei. Der Beitritt Polens zur EU führte, wenn man diese Analogie über mehr als zwei Jahrhunderte hinweg ziehen will, zur „Öffnung“ nicht nur der ehemaligen Ostgebiete des sowjetischerseits westverschobenen Polen. Vielmehr kam es auch und gerade auf Warschauer Initiative hin zu einer weitergehenden Öffnung nach Osten in Gestalt der EU-Nachbarschaftspolitik. Was das eine, der Beitritt Polens zur EU 2004, mit dem anderen, der Europäischen Nachbarschaftspolitik bzw. heute der Östlichen Partnerschaft, zu tun hat, hat Steffi Marung in ihrer interdisziplinären Dissertation mustergültig erklärt. Sie hat dabei überdies die Europa-Perzeption maßgeblicher EU-Akteure samt dem Prozess der Adaption dieser Perzeption an den parallelen Prozess einer

multiplen „Osterweiterung“ im konkreten wie metaphorischen Sinne beleuchtet und damit nicht nur die „EUropäisierung des polnischen Projekts“ (S. 229), sondern die – um im Duktus zu bleiben – „Polono-Lithuanisierung“ des EU-europäischen Projekts“ in argumentativer Klarheit sowie auf breitem Quellenfundament und gut lesbarer Form herausgearbeitet. Ungeachtet der Frage, ob es für Steffi Marungs Studie des Postulats einer transnationalen

Geschichte bedurft hätte, wird hier überzeugend demonstriert, wie erhellend die Kenntnis der Geschichte Ostmitteleuropas bei der Bewältigung der Herausforderungen der Gegenwart „EUropas“ ist.

Anmerkung:

- 1 Carl Freytag: Deutschlands „Drang nach Südosten“. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag und der „Ergänzungsraum Südosteuropa“ 1931–1945. Göttingen 2012 (= *Zeitgeschichte im Kontext*, 7).